



Verband Hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare e. V.

Erforschung jüdischer Geschichte im Kommunalarchiv

Frühjahrstagung am 29. März 2023 in Schwalbach am Taunus

Das Thema „Erforschung jüdischer Geschichte im Kommunalarchiv“ lockte rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Frühjahrstagung des Verbandes hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare nach Schwalbach am Taunus. Der Vorsitzende des Verbandes Dr. Christoph Waldecker dankte zunächst Bürgermeister Alexander Immisch und Stadtarchivar Michael Kaminski für die freundliche Einladung. Anschließend hieß Bürgermeister Immisch die Gäste willkommen und ging kurz auf die Geschichte Schwalbachs ein, das bereits 781 im Lorscher Codex erwähnt wurde. Unmittelbar an der Stadtgrenze zu Frankfurt am Main gelegen, ist Schwalbach heute ein wichtiger Gewerbe- und Wohnort im Frankfurter Umland.

Das Thema „Erforschung jüdischer Geschichte im Kommunalarchiv“ wurde dann unmittelbar im Anschluss aufgegriffen von Dr. Christoph Waldecker, der als Stadtarchivar von Limburg über zahlreiche Quellen zur jüdischen Geschichte zu berichten wusste. Das Limburger Stadtarchiv verfügt über einen ansehnlichen Bestand von fast 400 Urkunden. Die älteste Urkunde von 1278 ist zugleich der älteste Nachweis für eine jüdische Tradition der Stadt. Aussteller war der benachbarte Graf Gerhard von Diez, der einen Streit zwischen den Bürgern und ihrem Stadtherrn schlichtete und festhielt, dass der Jude Abraham alle Schulden erlässt, die die Bürger bei ihm haben und die aus den Auseinandersetzungen mit dem Stadtherrn herrühren. Vermutlich war Abraham ein sehr wohlhabender Jude, konnte er doch auf die Rückzahlung von Schulden verzichten.

In den archivalischen Quellen sind oft Hinweise auf Diskriminierung und Verfolgung von Juden zu finden. So z. B. in einer Rechtssammlung von 1548, in der diskriminierende Regelungen wie die Kennzeichnung von Kleidungsstücken sowie die Einschränkung ihrer Gewerbefreiheit und Bewegungsfreiheit niedergeschrieben sind. Schriftlich festgehalten wurde aber auch wiederum, dass die jüdische Bevölkerung nicht an Leib und Gut angegriffen werden durfte, sie an Sabbat nicht vor Gericht erscheinen musste und auch die Gottesdienste nicht gestört werden durften. Auch Volkszählungsunterlagen können hilfreich bei der Ermittlung des jüdischen Bevölkerungsanteils sein. Die 1874 eingeführten Standesamtsregister sehen auch Angaben zur Religionszugehörigkeit vor und geben Aufschluss über den weiteren Lebensweg. Falls jüdische Bauherren bekannt sind, lassen sich die Gebäude anhand der Brandkataster betrachten und eventuell sind Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Situation der Eigentümer möglich. Auch Zeitungen sind eine weitere Quelle. Beispielsweise seien Meldungen über Geschehnisse, Werbeanzeigen oder auch Familienanzeigen genannt. Nicht unerwähnt ließ Waldecker auch, dass im Limburger Stadtarchiv auch eine Archivalie verwahrt wird, deren Vorhandensein er bedaure.

Dabei handelt es sich um die Urkunde, die 1902 in den Grundstein der Synagoge gelegt wurde. Nach der Verwüstung des Gotteshauses am 9. November 1938 wurde das Gebäude abgetragen, der Grundstein aufgebrochen, die Urkunde entnommen und im Stadtarchiv abgegeben.

Nach dem Vortrag von Dr. Waldecker berichtete der Friedberger Stadtarchivar Lutz Schneider über den Stand der Forschung zur jüdischen Geschichte und der Überlieferung im Friedberger Stadtarchiv. Friedberg und seine Burg waren staufische Gründungen um 1170. 1216 wird die Burg und 1219 die Stadt erstmals urkundlich erwähnt. Die Burg stand für militärische und politische Macht, die Stadt war Marktort und Handelszentrum. Sie erlebte ihre Blütezeit im 13. und 14. Jahrhundert und wurde durch den Tuchhandel und die Messen reich. Im 15. Jahrhundert begann der wirtschaftliche Niedergang der Stadt. Das konfliktreiche Nebeneinander der beiden reichsunmittelbaren Körperschaften, häufig ausgetragen vor dem Reichskammergericht und dem Reichshofrat, endete zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit dem Verlust der Selbstständigkeit von Stadt und Burg und der Eingliederung in das Großherzogtum Hessen.

Erstmals wurde in einer Steuerliste von 1241 eine jüdische Gemeinde in Friedberg erwähnt. Um 1600 war diese auf eine der größten jüdischen Gemeinden Deutschlands angewachsen. Nach der Verfassung des Großherzogtums Hessen von 1820 konnten die Juden Friedbergs bei gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen das hessische Staatsbürgerrecht und damit das Ortsbürgerrecht in Friedberg erwerben. Die ärmeren Juden blieben im Status der Schutzjuden. Mit der Verfassung von 1848 erhielten die Juden ohne Einschränkung gleiche Rechte. Die Judengasse als Ghetto löste sich auf.

Friedberger Juden nahmen aktiv als Soldaten an Kriegsgeschehen teil und sahen darin eine Chance zu zeigen, dass sie bedingungslos für die deutsche Nation eintraten. Sie kämpften an verschiedenen Kriegsschauplätzen, errangen Auszeichnungen, wurden verwundet oder getötet. 1920 ließ die Gemeinde zum bleibenden Gedächtnis eine Gedenktafel in der Synagoge anbringen. Heute befindet sich diese Gedenktafel in dem Haus, das über der Mikwe steht.

1933 lebten etwa 300 Juden in Friedberg. Viele von Ihnen wurden am 10. November 1938 in Ihrer Wohnung überfallen, die Wohnungseinrichtungen wurden zerstört und Gegenstände auf die Straße geworfen, die Synagoge wurde geschändet und im August 1939 durch Pioniere aus Hanau gesprengt und abgerissen. Die noch verbliebenen 60 Friedberger Juden wurden 1942 in die Vernichtungslager deportiert und kamen ums Leben.

Seit 1260 gibt es in Friedberg eine Mikwe, ein rituelles Tauchbad. Männer mussten sich darin vor dem Sabbat und an hohen Feiertagen reinigen, Frauen vor der Hochzeit, nach der Geburt und nach jeder Menstruation durch vollständiges Untertauchen in dem Becken.

Das Judenbad wurde bei der Reichspogromnacht 10.11.1938 nicht zerstört. 1939 ging in den Besitz der Stadt über und wurde touristisch vermarktet.

An vielen Beispielen aus den Beständen des Friedberger Stadtarchivs zeigte Schneider auf, wie vielfältig und umfangreich die Überlieferung ist. Außerhalb der regulären Aktenüberlieferung sind viele Unterlagen aus der NS-Zeit überliefert, die im Stadtarchiv in den Bestand Sondersammlung Nationalsozialismus eingegliedert werden.

Beide Referenten beendeten ihre Vorträge mit einem Blick auf die Neuzeit. Spätestens in den 1980er Jahren begannen die Kommunen damit, Einladungen an ehemalige jüdische Mitbürger auszusprechen. In den Akten, die über diese Treffen

angelegt wurden, finden sich in einigen Fällen auch Briefe der Eingeladenen, in denen sie ihre Erlebnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus schildern. Viele Zeitzegen sind mittlerweile verstorben, herangewachsen ist die zweite und dritte Generation. Bleibt zu hoffen, dass die Erinnerung an das Geschehene nie vergeht.

Auf die spannenden und informativen Vorträge folgte eine lebhafte Diskussion, in der manches Interessante aus den Kommunalarchiven zu erfahren war.

In der sich anschließenden aktuellen Stunde berichtete Verena Schenk zu Schweinsberg, die Leiterin der Archivberatung Hessen über aktuelle Fördermöglichkeiten der Archive und Programme. Diese sind auch auf der Homepage der Archivberatung zu sehen.

Im weiteren Tagesverlauf fand die Mitgliederversammlung des Verbandes der hessischen Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare e. V. statt und abschließend führte Stadtarchivar Michael Kaminski noch durch die Räumlichkeiten des Schwalbacher Archivs sowie durch den Ort.

Die Herbsttagung des Verbandes wird am 15. November 2023 in Eschwege stattfinden.